Downloaded from Blogs on 01.11.2026 23:37h

By PwC Deutschland | 02. September 2026

Bundeskabinett beschließt Gesetzentwurf: Offshore-Windenergie soll bezahlbarer werden

Das Bundeskabinett hat einen Gesetzentwurf für den kostengünstigeren Ausbau der Windenergie auf See beschlossen. Ziel ist es, die Offshore-Windenergie in Deutschland stärker auf Bezahlbarkeit, Kosteneffizienz und Versorgungssicherheit auszurichten. Gleichzeitig bleiben die ambitionierten Ausbauziele für erneuerbare Energien unverändert.

Downloaded from Blogs on 01.11.2026 23:37h

Offshore-Windenergie gilt als wichtiger Baustein für die Energieversorgung in Deutschland. Sie soll künftig nicht nur mehr Strom liefern, sondern auch wirtschaftlicher und planbarer werden. Gerade für die Industrie ist eine verlässliche und sichere Energieversorgung entscheidend.

Was der Gesetzentwurf für Offshore-Windenergie vorsieht

Ein zentraler Punkt des neuen Gesetzes ist die Senkung der Systemkosten für Offshore-Windenergieanlagen. Das soll vor allem durch optimierte Netzanbindungen erreicht werden. Zusätzlich sieht der Entwurf vor, die Regellaufzeit von 25 auf 35 Jahre zu verlängern. Dadurch sollen die Projekte wirtschaftlicher werden.

Auch bei der Finanzierung setzt die Bundesregierung auf neue Instrumente. Für die Offshore-Windenergie sollen künftig ebenfalls Differenzverträge (Contracts for Difference, CfD) eingeführt werden. Diese sichern den Betreibern einen Mindeststrompreis zu. Erlöse oberhalb dieses Niveaus werden abgeschöpft und können den Bundeshaushalt entlasten.

Mehr Sicherheit, mehr Planung, mehr Effizienz

Mit dem Gesetzentwurf will die Bundesregierung außerdem mehr Planungs- und Investitionssicherheit für Offshore-Windprojekte schaffen. Das ist besonders wichtig, damit der Ausbau der Windenergie auf See verlässlich vorangetrieben werden kann.

Gleichzeitig werden mit der Umsetzung des Net-Zero Industry Acts (NZIA) der Europäischen Union zusätzliche Anforderungen eingeführt. Dazu gehören unter anderem Kriterien für Cybersicherheit und Widerstandsfähigkeit. Damit sollen einseitige Abhängigkeiten von Drittstaaten reduziert werden.

Meeresnaturschutz bleibt zentral

Trotz des beschleunigten Ausbaus bleibt der Meeresnaturschutz ein wichtiger Bestandteil der Genehmigungsverfahren. Der Ausbau der Offshore-Windenergie soll weiterhin naturverträglich erfolgen.

Schlagwörter

EU-Klimapolitik, EU-Recht, Windenergie, Windkraftanlagen